



Nach dem Winter

Notschlafstelle Diesen Winter froren Obdach- und Wohnungslose auf unseren Strassen. Von institutionellen Orten des Austauschs und der Wärme fühlen sich viele ausgeschlossen – und anderswo sind sie nicht willkommen.

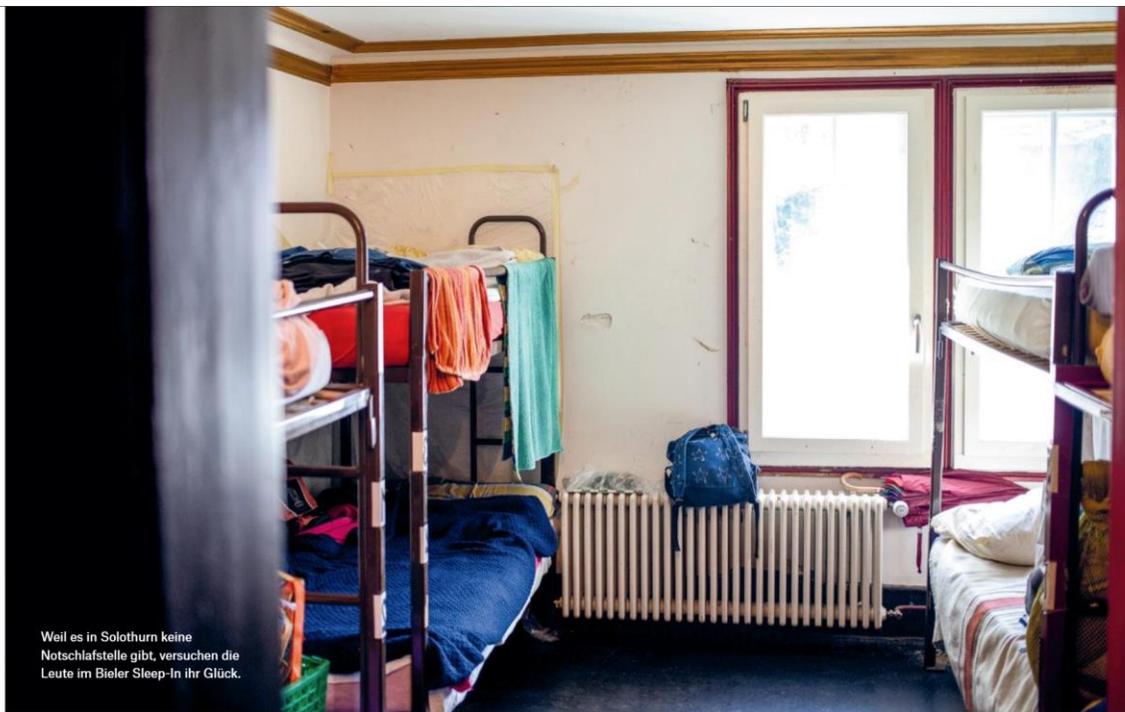
TEXT **BENJAMIN VON WYL** FOTOS **KLAUS PETRUS**

«Der Flughafen Zürich wirkt auf unerwünschte Personen und Obdachlose wie ein Magnet», heisst es bei der Mediensprecherin des Flughafens Zürich. Er sei «geradezu» eine Übernachtungseinladung. Ihre Worte könnten auch das Angebot einer hippen Jugendherberge beschreiben: «Saubere Nasszellen, warm und trocken, Unterhaltung durch Flughafenbetrieb, medizinische Versorgung, Schliessfächer, tolle Verkehrsanbindung, soziale Netzwerke, gratis-WiFi». Das kalte Licht während 24 Stunden und den Lärm liess die Flughafensprecherin weg. Doch für manche war der Flughafen tatsächlich lange der beste verfügbare Schlafplatz. Denn die städtische Notunterkunft steht jenen, die nicht in Zürich gemeldet sind, nur ausnahmsweise offen. Wer nicht in der Schweiz gemeldet ist, darf auch bei allen anderen institutionellen Angeboten für Wohnungs- und Obdachlose bloss einige Nächte bleiben. Der Flughafen hingegen bot allen Wärme, Sitzfläche, Sicherheit, Waschmöglichkeiten. Bis 2018.

Seither ist das Übernachten am Flughafen nur noch mit einem gültigen Flugticket erlaubt. Dies, obwohl die Flughafen Zürich AG zu knapp 40 Prozent der öffent-

lichen Hand gehört und die Zürcher SP-Stadtpäsidentin Corine Mauch im Verwaltungsrat sitzt. Kurz nachdem der Flughafen plötzlich auf diesen harten Kurs umschwenkte, erzählte ein Surprise-Stadtführer besorgt, dass er künftig mit vielen Kältetoten in Zürich rechne. Dazu ist es glücklicherweise auch im kalten Pandemie-Winter nicht gekommen.

2020 war ein Jahr, in dem viele Flugzeuge am Boden blieben und manches Flugticket höchstens für eine Freinacht auf einem gepolsterten Flughafenmöbel gut gewesen wäre. Für die Notschlafstelle in Baden war es hingegen das erste Betriebsjahr. Nach vielen Jahren gibt es damit im Kanton Aargau mit knapp 700 000 Einwohner*innen endlich wieder eine Notschlafstelle. Wohnungslose, Menschen in einer akuten Krise oder «Durchreisende, die in der Hoffnung, hier eine Existenz zu finden, obdachlos und mittellos ausharren» nutzen das Angebot, so Daniela Fleischmann, Geschäftsführerin des christlichen Betreiberhilfswerks. Obwohl viel Freiwilligenarbeit drinsteckt und es um nur 12 Schlafplätze geht, kostet der Betrieb 400 000 Franken pro Jahr. 2549 Übernachtungen verzeichnete sie 2020.



Weil es in Solothurn keine Notschlafstelle gibt, versuchen die Leute im Bieler Sleep-In ihr Glück.

«Unser Fokus ist die erste Nacht. Uns geht es darum, Leuten möglichst niederschwellig eine Alternative zur Strasse zu bieten.»

TIMO PROBST,
VEREIN SCHLAFGUET

Die städtischen Notschlafstellen in Zürich, Basel oder Luzern richten sich eigentlich nur an lokale Nutzer*innen. «Wir haben Verständnis, dass sich Zürich wehrt. Leider können sie sich nur über die Abweisung der Betroffenen wehren. Und die haben wenig Lobby, die ihre Bedürfnisse bei Entscheidungsträger*innen im eigenen Kanton vertritt», sagt Fleischmann. Sie wäre für ein dichteres Netz von Angeboten in Kleinstädten und in allen Regionen. Möglich ist das aber bloss, wenn die Finanzierung überregional gedacht wird. Aktuell sei man im Aargau «auf politischem Weg» auf der Suche nach Lösungen.

«Obdachlosigkeit zu verhindern, ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Personen selber», beantwortete der Oltnener Stadtrat vor einigen Jahren die Parlamentsanfrage, ob die Solothurner Kleinstadt eine Notschlafstelle brauche. Daraufhin ist der Verein Schlafguet aktiv geworden, der ein

lokales Angebot lancieren will. Timo Probst vom Vereinsvorstand sagt: «Jedes Jahr ist unser Ziel, dass wir im nächsten November starten können.» Im ganzen Kanton, wo immerhin 275 000 Menschen leben, gibt es keine einzige Notschlafstelle. Probst weiss, dass in der Notschlafstelle Sleep-In in Biel auch Menschen aus Solothurn übernachten. In diesen Wochen tönt Probst optimistisch, man sei mit potenziellen Vermieter*innen im Gespräch. Vielleicht gibt es bald eine Notschlafstelle in Olten.

«Unser Fokus ist die erste Nacht. Uns geht es darum, Leuten möglichst niederschwellig eine Alternative zur Strasse zu bieten», sagt Probst. Er denkt dabei etwa auch an Betroffene häuslicher oder sexueller Gewalt. Doch man werde keine Fragen stellen. Das Konzept sieht Waschmöglichkeiten, Essen und ein Bett für alle für fünf Franken vor. Wieso aber müssen Notschlafstellen überhaupt etwas kosten?

Vielleicht, weil nicht geschätzt werde, was nichts koste, sagt Probst. «Und weil sich die Sozialämter bei Gratisangeboten möglichen Kostengutsprachen verweigern würden.» Niemand werde abgewiesen, aber eine Notschlafstelle könne sich in der Schweiz nicht finanzieren, ohne dass Gemeindebehörden die Kosten für jene tragen, für die sie verantwortlich sind.

40 Franken pro Nacht

Solche Kostengutsprachen sind ein Grund, weshalb sogenannte «Auswärtige» in Basel trotzdem übernachten dürfen, obwohl die dortigen Notschlafstellen von ihnen absurde 40 Franken pro Nacht verlangen. Für alle, die nicht in Basel gemeldet sind, ist das Bett in der Notschlafstelle teurer als in einer Jugendherberge. Gemäss Rudolf Illes, Leiter Sozialhilfe Basel-Stadt, müsse aber kaum jemand diesen Betrag tatsächlich zahlen: «In fast allen Fällen» gebe es eben

Kostengutsprachen. Was Illes nicht sagt: Die 40 Franken schrecken viele von vornherein ab, wie man in Basel auf der Gasse hört. Natürlich auch jene, die keinen Schweizer Wohnsitz und damit keine Gemeinde haben, denen die Notschlafstelle eine Rechnung schicken könnte.

Seit bald einem Jahr führt Basel eine geferderte Debatte über Osteuropäer*innen – viele von ihnen Rom*nija –, die im öffentlichen Raum schlafen. Nach wochenlangen Minustemperaturen hat Basel-Stadt nun im Winter entschieden, die bisherigen Nutzer*innen der Notschlafstelle in Hotels unterzubringen und den Neuankommenden zwei Wochen Obdach in der Notschlafstelle zu bieten. Doch schon kurz danach sorgte das nur für die nächste Kaskade an Empörung. «Die Idee war ja nicht, für alle Roma in Europa eine Übernachtungsmöglichkeit in Basel zu bieten», erklärte Sozialhilfefeiter Illes gegenüber dem Fernseh-

sender Telebasel im Januar. Es gebe Hinweise, dass Leute nur für das Angebot einreisen. Zwei Tage später wollte Illes das nie gesagt haben; die SVP ereiferte sich aber da bereits schon über «Notschlafstellen-Tourismus».

Im angeblich so weltoffenen Basel legt diese Debatte viel Rassismus offen. Manche schämen sich dafür. Dann aber macht die Basler Öffentlichkeit erneut grosse Augen, als bekannt wurde, dass die Osteuropäer*innen das Notschlafstellen-Angebot kaum nutzen. Ende Februar war die Notschlafstelle komplett leer. Der Grund: Die Osteuropäer*innen wären verpflichtet gewesen, sich im Gegenzug für das Bett beim Migrationsamt zu registrieren.

Als Hintergrund dazu muss man wissen: Die Schweiz verbot Rom*nija bis 1972 die Einreise, das Land führte Register, Polizist*innen enteigneten manche von ihnen. Es ist nicht erstaunlich, dass

Rom*nija den Kontakt mit Behörden vermeiden möchten. Auch ohne diesen rassistischen und historischen Kontext meiden Wohnungs- und Obdachlose die offiziellen Notschlafstellen. 2019 zeigte die Studie «(K)ein Daheim?» der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, dass manche die Notschlafstellen nicht nutzen und sich einige unwohl fühlen, wenn sie dort schlafen. Die Gründe dafür seien der «geforderte finanzielle Beitrag» und «das Alkohol- oder Rauchverbot».

Was für Sozialhilfefeiter*innen hürdenlos ist, ist für andere unüberwindbar. Umso wichtiger sind deshalb – am Tag wie in der Nacht – Räume, die schon deshalb keine Schwellen haben, weil sie gar nicht als Angebote gedacht sind: Wartehäuschen an Bahnhöfen, Lesesäle von Bibliotheken, botanische Gärten. Allesamt Räume, die in der Pandemie rarer sind. Aber am Flughafen hätte es Platz.